

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber, Edlinger, Mag. Scheele, Ing. Huber, Enzinger, MSc, Mag. Hackl, Vladyka, Königsberger, Weiderbauer, Ing. Haller, Hauer, Dr. Michalitsch und Ing. Rennhofer**

betreffend: Nein zu grenznahem Atommüll-Endlager

Bis zum Jahr 2015 will die tschechische Regierung entscheiden, an welchen zwei Standorten die radioaktiv verbrauchten Brennstäbe aus ihren Atomkraftwerken endgelagert werden können. Neben militärischen Arealen werden derzeit auch einige Gemeinden als potentielle Atommüll-Endlager in die engere Wahl genommen, welche nur unweit (zwischen 30 u. 50 Kilometer) von Niederösterreichs Nordgrenze entfernt liegen. Da bis dato noch immer kein sicheres Endlagersystem entwickelt wurde, stellt die Errichtung eines Endlagers für hochradioaktive Stoffe nahe unserer Staatsgrenze eine immense Gefahr für die niederösterreichische Bevölkerung und unsere Umwelt dar.

Wie den Medien zu entnehmen ist, stellt sich auch der Kreishauptmann Südmährens Michal Hasek gegen ein Atommüll-Endlager in dieser Region.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag bekräftigt seine in mehreren Anträgen, zuletzt LT-1383/B-15/4-2012, manifestierten Forderungen zu einer strikten Anti-Atom Politik und spricht sich eindeutig gegen die Planung und Errichtung eines Atommüll-Endlagers in Grenznähe aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin an ihrer strikten Anti-Atom Politik festzuhalten und weiters ersucht, bei der Bundesregierung als dafür zuständige Gebietskörperschaft darauf zu drängen, dass umgehend alle rechtlichen Möglichkeiten und Schritte unternommen werden, damit es zu keiner Errichtung von grenznahen Atommüll-Endlagern kommt und sich weiterhin auf Europäischer Ebene intensiv für einen europaweiten Atomausstieg einzusetzen.“